

Grundlinien zur Erforschung der Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR

Stand 6. Februar 2017

I. Aufgabe

„Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR den rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurde, ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Zur Klärung der Ansprüche früherer Eigentümer muss auch in diesen Fällen die Provenienzforschung verstärkt werden.“

(Koalitionsvertrag 2013, 4.3 Kultur Medien und Sport)

„Der Vorstand erhält den Auftrag, unter Beteiligung der Kultusminister und Kultusministerinnen der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erste Grundlinien für ein Förderkonzept zu Forschungen für im Zusammenhang mit Verfolgungs- und Willkürmaßnahmen in der SBZ / DDR entzogenen oder abhanden gekommenen Kulturgütern zu entwerfen.“

(Beschluss des Stiftungsrats des Deutschen Zentrum Kulturgutverluste am 22. Januar 2015)

II. Vorgehen

In einem Brainstorming, zu dem das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste zum 28. Oktober 2015 in Berlin eingeladen hatte, nahmen Vertreter folgender Einrichtungen teil:

- der Kultusministerien aller neuen Bundesländer,
- des BKM,
- der Kulturstiftung der Länder,
- der Stiftung Preußischer Kulturbesitz,
- der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden,
- des Landesarchivs Sachsen-Anhalt,
- des Bundesamts für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
- sowie ein spezialisierter Anwalt
- (das Bundesarchiv war entschuldigt).

Die Arbeitsgruppe 1949-89 der Konferenz nationaler Kultureinrichtungen (KNK) übergab dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste bei dieser Gelegenheit ein Eckpunktepapier zur Provenienzforschung für die Zeit von 1949 bis 1989.

Zur Vorbereitung dieser Grundlinien wurde unter Führung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste eine Arbeitsgruppe gebildet, die auch Ideen für die fachöffentliche Konferenz am 21. November 2016 in Berlin zusammentrug. An dieser von Uwe M. Schneede (ehrenamtlicher Vorstand des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste) und Uwe Hartmann (Leiter des Fachbereichs Provenienzforschung beim

Deutschen Zentrum Kulturgutverluste) konzipierten Konferenz nahmen als Referenten die Vertreter/Vertreterinnen folgender Institutionen teil:

- Staatliche Kunstsammlungen Dresden
- Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen-Anhalt
- Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
- Staatsbibliothek zu Berlin
- Stiftung Preußischer Kulturbesitz / Zentralarchiv
- Deutsches Zentrum Kulturgutverluste

Zugegen waren u. a. auch Vertreterinnen / Vertreter von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Kulturstiftung der Länder, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, des Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, des Bundesarchivs und des Instituts für Museumsforschung.

III. Bedarf

Zu folgenden Themen fehlt es, wie sich herausstellte, sowohl an Fallstudien wie auch an Übersichtsdarstellungen:

1. Die „Schloßbergung“, also das Leerräumen von Gutshäusern und Schlössern im Rahmen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)
2. Die „Aktion Licht“ 1962 (kospirative Öffnung lange verschlossener Safes durch das Ministerium für Staatssicherheit) und die sog. Tresorverwaltung durch das Ministerium der Finanzen
3. Die Rolle der Museen und die Notwendigkeit der Bestandsforschung (Identifizierung von entzogenem Kulturgut)
4. Die Enteignungen von Privatsammlern und die „Verwertung“ durch die Kunst & Antiquitäten GmbH
5. Die Kommerzielle Koordinierung (KoKo) und der private Kunsthandel im Westen
6. Die Rolle der Kommission für Kulturgutschutz
7. Die Identifizierung von Buchbeständen und die Zusammenführung (Nutzbarmachung) der Resultate

Dabei wurde zum wiederholten Mal die Öffnung der Lost Art-Datenbank im Deutschen Zentrum Kulturgutverluste gefordert. Entscheidend wichtig für die künftige Forschung sei außerdem die Zugänglichkeit der entsprechenden Archivalien, insbesondere zu den Aktivitäten der KoKo.

IV. Erste Maßnahmen

Die folgenden Maßnahmen sind zunächst vorgesehen:

1. Grundlagenforschung

Als stellvertretende Beispiele sollen die „Aktion Licht“ und die Tresorverwaltung erforscht werden. Angedacht ist eine Zusammenarbeit von Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, gemeinsam mit einem historischen Institut. Hier sollen die Strukturen und

die Mechanismen exemplarisch untersucht werden. Erst wenn sie bekannt sind, können individuelle Fälle eingeordnet werden.

2. Bestandsforschung

Die Forschung zu Einzelobjekten oder Objektgruppen in Museen, Bibliotheken und Archiven wird durch entsprechende Projektförderungen ermöglicht. Die Institutionen werden von den Möglichkeiten der Förderung ihrer Forschung zu den eigenen Beständen unterrichtet und zur Provenienzforschung auch auf diesem Feld angeregt.

3. Archive

Im Bundesarchiv werden seit April 2016 die dorthin übertragenen KoKo-Bestände in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe erschlossen.

Zu den weiteren diesbezüglichen Archivalien bei der Stasi-Unterlagen-Behörde wird demnächst in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste ein Findbuch erstellt. So werden die Voraussetzungen für die Forschung entschieden verbessert.

4. Lost Art-Datenbank

Die Öffnung der Lost Art Datenbank wird vorbereitet.

5. Weiterbildung

Provenienzforscherinnen und -forscher in den Museen, Bibliotheken und Archiven müssen in Fragen der Erforschung der Enteignungen in SBZ und DDR systematisch weitergebildet werden. Einbeziehung des Themas in die bereits laufenden oder geplanten Weiterbildungsmaßnahmen.

Mit den für das Jahr 2017 von der Beauftragten für Kultur und Medien bereitgestellten Fördermitteln kann die Arbeit nunmehr beginnen.

Dabei ist wesentlich, dass die Fragen nach NS-Raubgut und die Fragen nach Entziehungen in SBZ und DDR entschieden auseinandergehalten werden; die Priorität des Zentrums liegt weiterhin eindeutig bei NS-Raubgut.

Auch muss hervorgehoben werden, dass es nicht um Restitutionsfragen, sondern um Forschungen und deren Förderungsmöglichkeiten geht.

Im Übrigen handelt es sich um eine gesamtdeutsche Problematik, weil die Entziehungen im Osten hauptsächlich stattfanden, um im Westen Devisen zu erwirtschaften.